

Der Moment der Wahrheit für das Geldsystem

Die Aufblähung der Geldmengen kennt keine Grenzen.
Ohne eine intellektuelle Revolution wird uns das die Freiheit kosten.

von Thorsten Polleit

Die politisch diktierte Reaktion auf die Coronavirus-Verbreitung hat weltweit nicht nur einen kolossalen Wirtschaftseinbruch und Massenarbeitslosigkeit verursacht. Sie hat vor allem auch das Schuldgeldsystem ins Wanken gebracht, es droht das Gruselszenario von Rezession und gleichzeitig fallenden Güterpreisen. Dann nämlich geraten Schuldner in arge Bedrängnis, sind nicht mehr in der Lage, ihren Schuldendienst zu leisten. Folglich erleiden Banken Verluste und treten bei der Kreditvergabe auf die Bremse. Versiegt aber der Zufluss von neuen Krediten und neugeschaffenem Geld, bricht die Kreditpyramide zusammen; und mit ihr die Produktions- und Beschäftigungsstruktur der Volkswirtschaften.

Die Regierungen haben daher bereits gewaltige «Rettungspakete» in Stellung gebracht. Anfang April 2020 waren es bereits 7,8 Billionen US-Dollar – etwa 10 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes (BIP) – in Form von Ausgabeprogrammen, Kreditgarantien und Eigenkapitalzuschüssen. Damit soll in erster Linie Vertrauen geschaffen werden, damit der Absturz der Konjunktoren und Finanzmarktpreise abgemildert wird. Die Zentralbanken haben zudem die elektronische Notenpresse angeworfen, um Zahlungsausfälle auf den Kreditmärkten abzuwehren. Dazu kaufen sie jetzt alle Arten von Schuldpapieren in grossem Stil und bezahlen mit «aus dem Nichts» geschaffenen Geld.

Toxischer Cocktail

Anders als noch in der Finanzkrise von 2008/09 wird das neue Geld jetzt nicht nur in das Banken- und Finanzsystem gepumpt. Die Staaten überweisen es den Bürgern und Unternehmen auch direkt auf deren Bankkonten. Zudem vergeben Banken kräftig Kredite und schaffen dadurch ebenfalls neues Geld. Das lässt in den Vereinigten Staaten von Amerika die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichtguthaben bei Banken) bereits um 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen, die Geldmenge M2 (M1 plus längerfristige Bankeinlagen, zum Beispiel Sparkonten) um gut 22 Prozent. Das sind die grössten Zuwachsraten, die jemals für diese Geldmengen gemessen wurden.

In den USA hat sich ein «Geldüberhang» – also eine Geldmenge, die die Produktionsleistung übersteigt – von bald fast 40 Prozent

aufgebaut. Wenn dieser sich nach und nach preiswirksam in steigenden Konsumgüter- und/oder Vermögenspreisen entlädt, fällt die Kaufkraft des US-Dollars um schätzungsweise 30 Prozent. Die Hoffnung, dass die zusätzliche Geldmenge nicht verausgabt und auf der hohen Kante gehalten wird, ist gering – zumal sie vielen Empfängern als Lohnersatz dient und zur Bezahlung des Lebensunterhalts eingesetzt wird. Eine stark gefallene Produktionsleistung, einhergehend mit einer stark anschwellenden Geldmenge in den Händen der Nachfrager, ist der toxische Cocktail, der zu Preisinflation führt.

Mit der Schulden- und Geldmengenflut, die jetzt auf den Weg gebracht wird, scheint es zu gelingen, den Kollaps des Wirtschafts- und Finanzsystems abzuwenden. Aber Grund zur Entwarnung gibt das nicht. Der US-Dollar, Euro und Co. repräsentieren nämlich «Fiat-Geld», das sich durch drei Eigenschaften auszeichnet: 1. Fiat-Geld ist staatlich monopolisiertes Geld. Die staatlichen Zentralbanken haben das Produktionsmonopol des Geldes inne. 2. Fiat-Geld wird durch Bankkreditvergabe geschaffen, der keine echte Ersparnis gegenübersteht. 3. Fiat-Geld ist entmaterialisiertes Geld in Form von bunt bedruckten Papierzetteln und Einträgen auf Computerfestplatten (Bits und Bytes) und lässt sich mit geringsten Kosten beliebig vermehren.

Das Fiasko des Fiat-Gelds

Das Fiat-Geld leidet unter ökonomischen und ethischen Defekten. Es ist inflationär, es verliert seine Kaufkraft im Zeitverlauf und bringt viele Menschen um die Früchte ihrer Arbeit und Sparsamkeit. Es sorgt für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, indem es die Erstempfänger des neuen Geldes auf Kosten derjenigen begünstigt, die die neue Geldmenge erst später erhalten (sogenannter «Cantillon-Effekt»). Fiat-Geld sorgt zudem für Wirtschaftsstörungen, für «Boom-und-Bust-Zyklen»: Mit Zinssenkungen wird zunächst ein Scheinaufschwung in Gang gesetzt, der zur Fehllenkung knapper Mittel führt und früher oder später zerplatzt und in einer Krise endet.

Nicht zu vergessen: Fiat-Geld treibt die Volkswirtschaft in die Überschuldung. Die künstlich gesenkten Zinsen verleiten Private, Unternehmen und Staaten zum chronischen Wirtschaften auf

Pump. Die Schuldenlasten wachsen dabei im Zeitablauf stärker an, als die Einkommen zunehmen. Dabei wuchert insbesondere der Staat aus – zulasten der Freiheit der Bürger und Unternehmen. Das Fiat-Geld erlaubt es nämlich dem Staat, seine Finanzkraft gewaltig auszuweiten, über die üblichen Steuereinnahmen hinaus, und auf diese Weise kann er sich seine Gefolgschaft im wahrsten Sinne des Wortes erkaufen und immer mehr Menschen finanziell von sich abhängig machen.

Das Fiat-Geldsystem hat eine währungshistorisch nie dagewesene Verschuldung in die Welt gebracht. Das Institute of International Finance (IIF) schätzt, dass die weltweite Verschuldung Ende 2019 bereits bei 255 Billionen US-Dollar und damit bei 322 Prozent des weltweiten BIP lag und dass die Schuldenquote durch die Coronakrisenbekämpfung auf 342 Prozent steigen wird. Um die Kosten der Schuldenpyramidisierung gering zu halten, haben die Zentralbanken die Marktzinsen längst auf extrem niedrige Niveaus gedrückt, indem sie auf vielfältige Weise in die Marktpreisbildung der Kreditkontrakte eingreifen. Sie haben zudem den Finanzmarktinvestoren die Quasizusicherung gegeben, man werde keine systemrelevanten Schuldner zahlungsunfähig werden lassen; notfalls wird neues Geld gedruckt, um strauchelnde Staaten, Banken und Grossunternehmen über Wasser zu halten. Die Schuldenpyramide ist ein staatlich betriebenes Ponzi-Schema.

Diese Politiken verursachen jedoch Folgeschäden. Die Krisen, für die das Fiat-Geldsystem sorgt, sind ein Einfallstor par excellence für markt- und freiheitsfeindliche Politiken. In Krisenzeiten werden ungezügelter Märkte oder der Kapitalismus als Schuldige angeprangert. Vom Staat wird Hilfe erwartet – obwohl das von ihm getragene Schuldgeldsystem die eigentliche Krisenursache ist. Der Staat lässt sich nicht lange bitten, er erlässt mehr Ge- und Verbote, Regulierungen, weitet Subventionszahlungen aus. Spätestens jetzt verschwindet, was vom System der freien Märkte übriggeblieben ist. Die freie Marktwirtschaft wird so nach und nach transponiert in eine Befehls- und Lenkungswirtschaft, in der Privateigentum zwar nicht abgeschafft, doch die Verfügungsrechte der Eigentümer über ihr Eigentum bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden und nur dem Namen nach noch bestehen. Das Fiat-Geld bereitet dem allmächtigen Staat den Weg.

Vergemeinschaftung von Schulden

Billiges Papiergeld ist das Wachstums- und Überlebenselixier des Staates. Der Staat erlangt durch das Fiat-Geld eine gewaltige Finanzkraft, die er für seine Zwecke zu nutzen weiss: Er wird zum Arbeitgeber, Auftraggeber und Transfer- und Pensionszahler, dem die Begünstigten dankbar die Treue halten. Ein einmal vollzogener Vorstoss der Staatsmacht und seiner Bürokratie lässt sich kaum mehr zurückbauen. Mittlerweile ist die Abhängigkeit vom Fiat-Geld weltweit so gross geworden, dass Regierenden und Regierten kein Preis mehr zu hoch ist, um das Fiat-Geldsystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Im Euroraum hat das beispielsweise dazu geführt, dass die Europäische Union (EU) als neue supranationale Verschuldungsebene ermächtigt werden soll. Was beschönigend als «Wiederaufbaufonds» mit einer Anfangsausstattung von 750 Mrd. Euro, rund 6 Prozent des Euroraum-BIP, angepriesen wird, ist nichts anderes als ein weiterer Schritt in Richtung Schuldenvergemeinschaftung, nachdem bereits durch die Errichtung des Europäischen Stabilitätsfonds (ESM) im Jahr 2012 die Budgethoheit der nationalen Parlamente gehörig unterhöhlt worden ist. Die politischen Zwänge, die der Erhalt der Euro-Einheitwährung verursacht, sind nun einmal nicht vereinbar mit der Bewahrung der nationalen Souveränitätsrechte der Teilnehmerländer.

Wie schlimm kann die Geldentwertung werden? US-Dollar, Euro und Co. repräsentieren ungedecktes Geld, und das kann bekanntlich im Extremfall seine Kaufkraft völlig verlieren – wie die leidvolle Währungsgeschichte schon so häufig gezeigt hat. Wenn die Menschen das Vertrauen in das Geld verlieren, wird es haarig. Das ist dann der Fall, wenn sich die Erwartung einstellt, die Geldmenge werde mit immer höheren Raten zunehmen, das werde kein Ende mehr finden. Bewahrheitet sich die Erwartung, kommt es zur Hyperinflation. Die «Flucht aus dem Geld» setzt ein. Niemand möchte mehr Geld halten, jeder ist bemüht, das wertlose Papier gegen Sachgüter aller Art einzutauschen. Die Güterpreise steigen ins Unermessliche, die Kaufkraft des Geldes verfällt.

Das aber ist ein Extremszenario. Es gibt auch Beispiele, die zeigen, dass die Geldentwertung vom Staat und den von ihm begünstigten Interessengruppen dauerhaft als Bereicherungs- und Umverteilungspolitik betrieben werden konnte, ohne dass das zur Hyperinflation geführt hätte – etwa die «finanzielle Repression» in den USA von 1942 bis 1951 oder die weltweite «Grosse Inflation» von etwa 1965 bis Anfang der 1980er Jahre. Eine Inflationspolitik bietet recht weit gespannte Möglichkeiten, bevor sie explosiv wird. Wenn es beispielsweise den Zentralbankräten gelingt, der Öffentlichkeit glaubhaft zu vermitteln, eine starke Geldmengenvermehrung sei nur eine «einmalige Sache», dann lässt sich der Geldwert herabsetzen, ohne dass die Menschen vollends aus dem Geld fliehen. Inflationssschübe von 10 bis 15 Prozent pro Jahr bedeuten wohl noch nicht das Ende des ungedeckten Geldes, wohl aber einen starken Kaufkraftverlust des Geldes.

Internationale Zentralisation

Die Krisenanfälligkeit des Fiat-Geldsystems hat eine weitere beunruhigende Folgewirkung: Auf internationaler Ebene kooperieren die Staaten beziehungsweise ihre Zentralbanken immer enger, um systemische Risiken auszuschalten. Beispielsweise haben die Zentralbanken bereits in 2008/09 begonnen, sich im Zuge von «Liquidität-Swap-Abkommen» bei Bedarf gegenseitig die eigene Währung zu verleihen. So leiht die US-Zentralbank (Fed) bei Bedarf unbegrenzt US-Dollars an die chinesische Zentralbank, die Europäische Zentralbank (EZB), Bank von Japan, die Bank von England oder die Schweizer Nationalbank. Dadurch werden ver-

«Wenn die Menschen das Vertrauen in das Geld verlieren, wird es haarig.»

Thorsten Polleit

bliebene Kreditausfallrisiken in den Fremdwährungskreditmärkten eliminiert, und die letzten Bruchstellen des Fiat-Geldsystems werden gekittet.

Der Verdacht, eine einheitliche Weltgeldpolitik – im Extremfall mit einer Weltzentralbank und eigenem Fiat-Weltgeld – kündige sich an, lässt sich nicht mehr als Spinnerei abtun; als Nukleus könnten beispielsweise die «Sonderziehungsrechte» des Internationalen Währungsfonds (IWF) dienen. Spätestens mit dem digitalen Zentralbankgeld haben die Staaten die volle Kontrolle über Geld und Kredit: Die Guthaben, die man bei Geschäftsbanken hält, werden eins zu eins in Zentralbankguthaben eintauschbar. Geschäftsbanken werden so zu etwas wie Zweigstellen der Zentralbank. Die Geldbehörden können nach und nach das Einlagengeschäft, den Zahlungsverkehr und irgendwann auch noch das Kredit- und Geldschöpfungsgeschäft komplett an sich ziehen. Karl Marx' Umsturzphantasie wäre dann vollendet.

Im Jahre 1848 forderte Marx (und Friedrich Engels) bekanntlich die «Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschliesslichem Monopol». Ein geradezu gruseliges Szenario: Die allmächtige Zentralbank beziehungsweise die Sonderinteressengruppen, die sie vereinnahmen, hätten es fortan in der Hand, wer wann und unter welchen Bedingungen Kredit und Geld erhält – welcher Staat, welche Industrie, welcher Arbeiter und Angestellte. Der Weg in eine de facto diktatorische Befehls- und Lenkungswirtschaft – wie sie viele Be-

fürworter der Klimarettungspolitik und «grünen Geldpolitik» herbeisehnen – wäre damit quasi durch die Hintertür vollzogen.

Das Kartell aufbrechen

Keine Frage, die Welt hat ein «Geldproblem»: Das Fiat-Geld zerstört über kurz oder lang die freie Marktwirtschaft und damit auch die freie Gesellschaft; die Coronavirus-Krise verstärkt nur die bestehende Dynamik. Weil die Regierenden und auch die Regierten mittlerweile am Fiat-Geld hängen wie Fliegen am Fliegenfänger, ergeben sich für die Zentralbanken noch weiter gespannte Handlungsspielräume. Sie können die Staatsschulden monetarisieren und dadurch auch die Preisinflation in die Höhe treiben, ohne dass sie unüberwindbare Opposition zu befürchten bräuchten: Um dem grossen Übel des «Megacrashs» zu entgehen, werden die Inflationskosten als das vergleichsweise kleinere Übel akzeptiert.

Was in der Zeit «nach Corona» kommt, lässt sich bereits erahnen: Die ohnehin schon grosse Abhängigkeit der Volkswirtschaften vom Fiat-Geld wird die Zentralbanken und die Gruppen, die sie für ihre Zwecke einzusetzen wissen – Staaten, aber natürlich auch die Banken- und Finanzindustrie sowie Grossunternehmen –, noch grösser machen. Das Bestreben, die ungedeckten Währungen vor dem Untergang zu bewahren, wird das Kartell der Zentralbanken noch enger zusammenrücken lassen. Dass alles auf eine einheitliche Weltgeldpolitik mit einem Weltgeld hinausläuft, ist sicherlich nicht weniger wahrscheinlich geworden; es braucht nicht gesondert betont zu werden, welche totalitären Gefahrenpotenziale damit verbunden wären. Um ein solches Szenario abzuwenden, muss sich Wesentliches ändern im Denken und Handeln der Menschen. Nicht mehr und nicht weniger als eine Abkehr von allen antikapitalistischen, sozialistischen und inflationistischen Ideologien, die heute mehrheitlich beklatscht und Wählerstimmen gewinnen, ist erforderlich. Man muss zur Einsicht gelangen, dass das Geld nicht in die Hände des Staates gehört, dass nur der freie Markt «gutes Geld» hervorbringen kann: Dazu müssen die Nachfrager die Freiheit haben, das Geld nachzufragen, das ihren Wünschen entspricht; und Anbieter müssen die Freiheit besitzen, Güter anzubieten, von denen sie meinen, sie werden von den Menschen als Geld nachgefragt.

Vor allem aber sind Macht und Einfluss des Staates so stark wie nur eben möglich zurückzudrängen, wenn Freiheit und Wohlstand gewahrt bleiben sollen. Es wird nicht weniger als eine intellektuelle Revolution erfordern, um das Geldproblem zu lösen. Gewiss, damit steht den Volkswirtschaften eine gewaltige Herausforderung ins Haus. Doch Passivität darf keine Alternative sein: Sie würde den Menschen in Inflation und Unfreiheit bringen. ◀

Thorsten Polleit

ist Chefvolkswirt der Degussa, Europas grösstem Edelmetallhandels- haus, und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Er ist Präsident des Ludwig-von-Mises-Instituts Deutschland und Fellow am Ludwig von Mises Institute, Auburn, Alabama, USA. Sein neuestes Buch heisst «Mit Geld zur Weltherrschaft» (Finanzbuch-Verlag, 2020).